

APPLAUS REICHT NICHT

JA zur Pflege-Initiative
am 28. November

Von Kühlewil zur Pflegeinitiative

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
197 · Ausgabe Region Bern · November 2021



GEHÖRT DIE PFLEGE UND BETREUUNG ALTER MENSCHEN ZUM SERVICE PUBLIC? IST ES AUFGABE DER STADT BERN EIN PFLEGEHEIM ZU BETREIBEN? MIT DIESEN FRAGEN HAT SICH DIE STADTRATSFRAKTION IN DEN LETZTEN WOCHEN UND MONATEN BESCHÄFTIGT.



Nora Krummen,
Stadträtin,
dipl. Pflegefachfrau
und Pflegeexpertin FH

Die Privatisierung eines städtischen Betriebes muss aus Sicht der SP immer kritisch hinterfragt werden. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass Privatisierungen zum Nachteil der Angestellten und der breiten Bevölkerung sind. Neoliberale Ideologien konnten sich dadurch ungehindert im Service public breitmachen. Der angestrebte Verkauf des Pflegeheims Kühlewil gehört in diese Kategorie. Eigentlich müsste die Entscheidung einfach und ohne Diskussion klar sein. Eine weitere Privatisierung kommt nicht infrage. Warum steht ein Verkauf unter diesen Vorzeichen dann zur Diskussion? Das hat viel mit den grundsätzlichen Problemen in der Alters- und insbesondere in der Gesundheitspolitik zu tun.

Purer Neoliberalismus

Spätestens mit der Einführung der neuen Abrechnungsmethode «DRG» hat der pure Neoliberalismus Einzug ins Gesundheitssystem gehalten. So erhält ein Pflegeheim einen

fixen Betrag je nach Einteilung der betagten Person in eine Pflegestufe. Es werden also nicht mehr der effektive Aufwand und die effektiv verbrauchten Materialien vergütet. Ein kleines Beispiel: Eine inkontinente Person hat Anrecht auf zwei Einlagen pro 24 Stunden. Als Pflegefachperson habe ich also die Wahl, eine betagte Person stundenlang in bestenfalls nur mit Urin gefüllten Einlagen liegen zu lassen oder die Einlage mehr als zweimal pro Tag zu wechseln und damit ungedeckte Kosten zu verursachen.

Pflegepersonal immer mehr unter Druck

Um dennoch gewinnbringend zu wirtschaften, wird beim Personal, insbesondere in der Pflege, gespart. Immer weniger diplomierte Pflegefachpersonen und ausgebildete Fachpersonen Gesundheit (FaGe) werden angestellt. Das führt dazu, dass die Pflegequalität leidet und die verbleibenden Fachkräfte immer mehr unter Druck stehen, sowohl hinsichtlich der Arbeitsbelastung als auch hinsichtlich des psychischen Drucks. Oft ist der Druck so gross, dass die eigenen Ansprüche an die Qualität der Arbeit nicht erfüllt werden können. Dies ist eine der Erklärungen dafür, warum so viele Pflegenden dem Beruf den Rücken kehren. Und hier zeigt sich sehr deutlich, warum der Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative nicht ausreicht: Solange sich

die Arbeitsbedingungen in der Pflege nicht deutlich verbessern, nützt auch die grösste Ausbildungsoffensive nichts. Die Pflegenden müssen im Beruf gehalten werden können, und dafür braucht es die Pflegeinitiative. Sie fordert eine generelle Stärkung der Pflege, beispielsweise mit einem Mindestschlüssel für diplomierte Pflegefachpersonen.

Kühlewil – eine gute Lösung scheint es nicht zu geben

Was machen wir aber nun mit dem Pflegeheim Kühlewil? Es stellt sich die Frage, ob es sich die Stadt Bern noch leisten kann und will, ein Pflegeheim mit überdurchschnittlich guten Arbeitsbedingungen für das Personal und hoher Pflegequalität defizitär zu betreiben, oder ob sie dem Druck nachgeben und das Feld den privaten Playern überlassen will. Mit dem angestrebten GAV für die Angestellten können immerhin die Folgen für das Personal abgefedert werden. Allerdings wäre es aus gewerkschaftlicher Sicht zwingend, dass auch die Unia miteinbezogen wird, welche für die private Alterspflege gewerkschaftlich zuständig ist. Mein linkes Herz sagt klar: «Kühlewil darf nicht verkauft werden!» Kühlewil unter den momentanen Bedingungen ohne Subventionen zu halten, ist jedoch nicht möglich. Eine gute Lösung scheint es nicht zu geben.

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 28. NOVEMBER 2021

KEINE KRUMMEN RÜCKEN MEHR

JA

 zum Farbsack-Trennsystem
am 28. November 2021


JA zu einer sozialeren Abfallentsorgung

AM 28. NOVEMBER STIMMEN WIR IN DER STADT BERN ÜBER EINE NEUE ABFALLENTSORGUNG AB – ÜBER DAS FARBSACK-TRENNSYSTEM. MIT DEM FARBSACK-TRENNSYSTEM WIRD DIE ABFALLENTSORGUNG SOZIALER UND PRAKTISCHER. DER ABFALL KANN ZU HAUSE GETRENNT UND DIREKT IM HAUSEIGENEN CONTAINER ENTSORGT WERDEN. DAS MACHT DIE TRENNUNG FÜR ALLE ZUGÄNLICH UND SCHONT DIE GESUNDHEIT DERJENIGEN, DIE UNSEREN ABFALL ENTSORGEN.



Edith Siegenthaler,
Stadträtin, Präsidentin
Mieter*innenverband
Kanton Bern

Die meisten Berner:innen trennen ihren Abfall. Allerdings kann das ziemlich beschwerlich sein. Da die Abfallsammelstellen in der Regel nicht vor der eigenen Haustür sind, muss man das Altglas oft ziemlich weit schleppen. Die Sammelstellen sind manchmal so gut besucht, dass die Behälter überfüllt sind. Den blauen Abfallsack kann man an zwei Tagen in der Woche auf die Strasse stellen. Viele lagern deshalb ihre Abfallsäcke auf dem Balkon oder hängen sie an den Fenstersims. Und in vielen Quartieren sieht es am Morgen vor der Abfallentsorgung chaotisch aus, weil Füchse und andere Wildtiere die Säcke nach Essbarem durchsuchen, noch bevor sie abgeholt werden können. Schliesslich sind die Abfallsäcke eine grosse Belastung für die Angestellten der Abfallentsorgung. Sie heben bei einer Entsorgungstour jedes Mal mehrere Tonnen Abfall. Viele haben da-

von Rückenschäden und können ihren Beruf nicht bis zur Pensionierung ausüben.

Die Neuerungen

Neu soll es vor jedem Haus Container geben, wo wir unsere Abfallsäcke jederzeit entsorgen können. Flaschen, Büchsen, PET oder Plastik können zu Hause in sogenannten Farbsäcken getrennt und ebenfalls in diesen Containern entsorgt werden. Wer also zum Beispiel die Flaschen nicht mehr zur Entsorgungsstelle bringen möchte, sondern sie lieber vor dem Haus entsorgt, kann Farbsäcke für Flaschen kaufen, darin die Flaschen sammeln und den Sack im Container vor dem Haus entsorgen. Noch einfacher ist es mit Papier und Karton. Beides kann einfach lose, ohne Bündeln, im Container entsorgt werden. Die Entsorgungsstellen bleiben aber bestehen. Es wird also niemand gezwungen, die Farbsäcke zu verwenden.

Gesundheitsschutz

Die Container verbessern entscheidend den Gesundheitsschutz derjenigen Männer und Frauen, die jeden Tag unseren Abfall entsorgen. Sie können die Container neu direkt an den Abfallwagen heranrollen. Der Wagen hebt die Container an und leert sie. Das

entlastet die Belader:innen auf den Entsorgungstouren und sorgt dafür, dass sie nicht mehr Rückenschäden in Kauf nehmen müssen, wenn sie für uns alle den Abfall entsorgen. Der SP ist es ein Anliegen, dass unser Abfall nicht auf Kosten derjenigen entsorgt wird, die diesen wegbringen. Für vertretbare Arbeitsbedingungen ist es deshalb dringend nötig, dass das neue System mit den Containern eingeführt wird.

Abfalltrennung für alle ermöglichen

Die Abfalltrennung wird mit dem neuen System für Menschen, die nicht gut zu Fuss sind, einfacher. Sie müssen ihre Abfälle nicht mehr zur Entsorgungsstelle schleppen, sondern können sie direkt im Container entsorgen. Das ist besonders für ältere Menschen, aber zum Beispiel auch nach einem Unfall, wichtig. Wenn wir eine Stadt für alle sein wollen, ist es unumgänglich, dass wir die Abfalltrennung auch denjenigen ermöglichen, die körperlich beeinträchtigt sind.

Aus all diesen Gründen unterstützt die SP das neue Farbsack-Trennsystem und empfiehlt den Stimmberechtigten – zusammen mit den grünen Parteien, der Juso, den Gewerkschaften, dem Mieter:innenverband sowie dem WWF – ein Ja einzulegen.

GEMEINDEABSTIMMUNG VOM 28. NOVEMBER 2021

Ja zu Köniz – Ja zur befristeten Steuererhöhung

«WESHALB HÖHERE STEUERN? KANN NICHT NOCH MEHR GESPART WERDEN?» DIESE FRAGEN BESCHÄFTIGEN IN KÖNIZ GEMEINDERAT UND PARLAMENT UND NUN AUCH DIE BEVÖLKERUNG. IM JUNI 2021 WURDE DAS INSTRUMENT DER BEFRISTETEN STEUERERHÖHUNG AN DER URNE ANGENOMMEN. AM 28. NOVEMBER 2021 WIRD ÜBER DAS BUDGET 2022 MIT BEFRISTETER STEUERERHÖHUNG AUF EINE STEUERANLAGE VON 1.6 ABGESTIMMT.



Vanda Descombes,
Mitglied Parlament
und Finanzkommission
Köniz



Cathrine Liechti,
Mitglied Parlament
und Finanzkommission
Köniz

Köniz, eine aufstrebende Agglomerationsgemeinde, ist in den letzten Jahren gewachsen (7% seit 2012). Mit ihrem immer noch guten Service public und ihren Entwicklungsmöglichkeiten ist die Gemeinde ein beliebter Wirtschaftsstandort und ein attraktives Zuhause für Jung und Alt. Areale wie der Bächtelen-Park wurden entwickelt, viel zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Dennoch kämpft Köniz um einen ausgeglichenen Finanzhaushalt.

Denn die positive Entwicklung der Gemeinde mit städtischen und ländlichen Ortsteilen hat ihren Preis. Es braucht Investitionen in Schulraum, Strassen, öffentlichen Verkehr, Wasserversorgung. Aufgrund des tiefen Selbstfinanzierungsgrades müssen diese heute zu grossen Teilen fremdfinanziert werden und belasten den Finanzhaushalt auf Jahre hinaus mit steigenden Schulzinsen und Abschreibungen.

Die Tiefsteuerstrategie ist definitiv gescheitert

2010 reihte sich Köniz mit der Senkung der Steuern auf 1,49 Einheiten im steuergünstigsten Viertel der bernischen Gemeinden

ein. Genau ab dann begann Köniz rote Zahlen zu schreiben und von den Reserven zu zehren. 2021 sind diese nun definitiv aufgebraucht. Es droht ein Minus in Millionenhöhe. Die Tiefsteuerstrategie ist gescheitert, die Zitrone ausgepresst. Gelingt es Köniz nicht, den Finanzhaushalt in den Griff zu bekommen, drohen Auflagen des Kantons.

Die Gemeinde blieb insbesondere seit 2018 nicht untätig. Mit Sparpaketen, Aufgabenüberprüfungen und einer restriktiven Ausgabenpolitik entlastete sie die Gemeindefinanzen um mehrere Millionen jährlich, obschon der Spielraum für Einsparungen wegen der von Bund und Kanton vorgegebenen Aufgaben grundsätzlich klein ist. Gespart wurde unter anderem bei Vereinen

und Institutionen, welche soziale Integration, Sport und Kultur fördern und Raum für Begegnungen und gegenseitiges Verständnis schaffen – aus SP-Sicht schmerzhaft Massnahmen.

Für die SP ist absolut klar: Das strukturelle Defizit, welches die Gemeinde vor sich herschiebt, kann auch durch weitere Sparmassnahmen und eine Deckelung des Investitionsbudgets nicht getilgt werden. Sie ist darum nicht bereit, einen weiteren Abbau zu akzeptieren. Wir können es uns nicht leisten, die Gemeinde faktisch bankrott zu sparen. Sie würde massiv an Lebensqualität verlieren und ihren stärksten Trumpf aus der Hand geben. Es muss gelingen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die

befristete Steuererhöhung unumgänglich ist.

Die befristete Steuererhöhung gewährt der Bevölkerung grösseren Einfluss

Mit der befristeten Steuererhöhung erhält die Bevölkerung grösseren Einfluss auf den Steuerfuss der Gemeinde. Im Budget 2022 wird die Befristung auf sechs Jahre festgelegt. Nach dieser Zeit muss der Steuerfuss wieder gesenkt werden, sonst stimmt die Bevölkerung automatisch wieder über den Steuerfuss ab. Die SP ist überzeugt, dass die Steuererhöhung durch die Befristung bei der Bevölkerung Akzeptanz findet. Sie setzt sich im überparteilichen Aktionskomitee (SP, Grüne, glp, EVP) aktiv für das Budget 2022 mit befristeter Steuererhöhung ein. Sagen wir Ja zu Köniz und Ja zur Selbstständigkeit der Gemeinde.



Aktionskomitee Budget 22

SP, Grüne, glp, EVP



Die SP Köniz setzt sich in einem überparteilichen Komitee für eine befristete Steuererhöhung ein.

JUSO STADT BERN

Ein Blick zurück: Was machte die JUSO in den 70ern?

ZWISCHEN ALTEN TRANSPIS, VERKLEIDUNGEN, NOCH ÄLTEREN RECHNUNGEN UND SONSTIGEN BASTELEIEN FÖRDERT DAS JUSO-RÄUMLI IM SEKI AN DER MONBIJOUSTRASSE IMMER MAL WIEDER KLEINE SCHÄTZE ZUTAGE. SO ZUM BEISPIEL DAS PROTOKOLLHEFT DER JUSO STADT BERN AUS DEM ZEITRAUM ZWISCHEN OKTOBER 1973 BIS FEBRUAR 1976. DAS BIETET ANLASS, UM EINMAL NACHZUSCHAUEN, WAS UNSERE GENOSS:INNEN VOR SCHON BALD FÜNFZIG JAHREN BEWEGTE.



Paula Zysset,
Co-Präsidentin
JUSO Stadt Bern

Im Herbst 1973 dominierten vor allem drei Themen die Arbeit des damaligen JUSO-Vorstandes. Eines, das bei jeder Sitzung auf der Traktandenliste stand, war der Militärputsch in Chile, welcher sich im September 1973 ereignet hatte. Die Genoss:innen waren vom «Komitee zur Unterstützung des Widerstandes des chilenischen Volkes und der chilenischen Arbeiterklasse gegen den Faschismus» angefragt worden, ob sie zur Mitarbeit bereit seien. Eine Vertretung wurde in das Komitee geschickt und die JUSO beteiligte sich daraufhin an deren Aktionen, unter anderem an verschiedenen Flugblatt-Aktionen. Die finanzielle Unterstützung konnte jedoch nur einmal erbracht werden, die Finanzlage war damals «kritisch».

Ein weiterer grosser Anlass, der bereits im Herbst eifrig geplant und heftig diskutiert wurde, war der 1. Mai 1974. Die JUSO waren Teil der sogenannten «Interkommission», unter anderem zusammen mit der POCH (Progressive Organisationen Schweiz). Diese beriet zusammen die eigenen Standpunkte, bevor die Planung mit dem offiziellen Komitee, bestehend aus SP und Gewerkschaften – in den Protokollen «das Gewerkschaftskartell» genannt – besprochen wurde. Diese Sitzungen führten wohl zu erhitzten Gemütern: Zwar wurde der Interkommission eine eigene Nachfeier gestattet, eine eigene Rede wollte «das Gewerkschaftskartell» jedoch nicht zulassen. An der Vorstandssitzung der JUSO berichtete der Vertreter über den Grund für diese Ablehnung: «SP und Gewerkschaften sind nicht bereit, mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen.» In der Folge diskutierten die Vorstandsmitglieder, ob die JUSO überhaupt am traditionellen Umzug teilnehmen wolle. Schlussendlich einigten sie sich, es werde wie geplant und im offiziellen Programm aufgeführt mitgelaufen: im 1. Zug, 6. Gruppe.

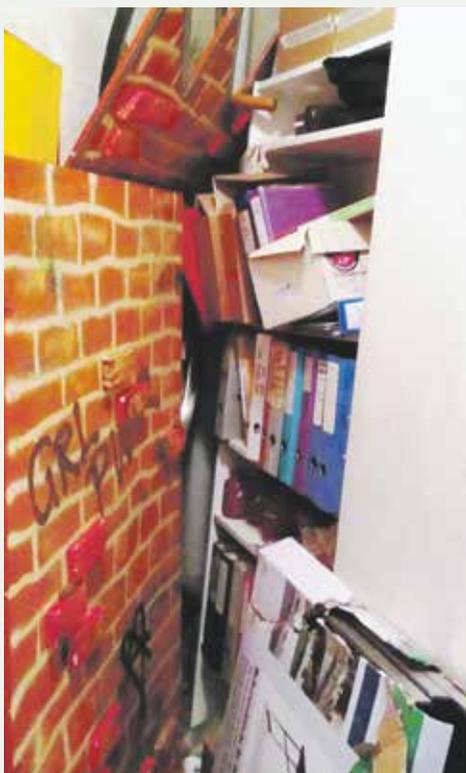
Ein drittes Thema um das sich die Genoss:innen damals kümmern mussten, ist gerade in diesem Jahr auch für uns aktuell. Es standen nämlich Grossratswahlen an und die JUSO trat mit einer eigenen Liste an. So uneinig sich die Genoss:innen mit «dem Gewerkschaftskartell» in der Planung zum 1. Mai waren, eine Listenverbindung mit der SP strebten sie dennoch an. Auch Anfragen der POCH wurden abgelehnt; für die Versammlung der JUSO Stadt Bern kam für eine Listenverbindung nur die SP infrage.

Die Themen sollten die 1973 bestehenden Arbeitsgruppen setzen. Es bestanden Arbeitsgruppen zu Fremdarbeitern, Vorschul-erziehung, Autobahn, Umweltschutz und Demokratisierung der Planung. Die Arbeit in diesen Gruppen war aber nicht immer ganz einfach, vor allem die «Fremdarbeitergruppe» war «etwas deprimiert, da nur immer Hansueli und Vreni kommen.» Vor solchen Problemen blieben die Genoss:innen damals also auch nicht ganz verschont. Nach einer «Steckaktion» im April 1974 wurde allen Mitgliedern, welche sich nicht beteiligt hatten, ein Brief zugestellt mit der Bitte um künftige Mitarbeit. Für die künftige Mitarbeit melden wir uns heute gerne. Wer damals mitgearbeitet hat und gerne noch einmal mit den Protokollen zurückblicken möchte oder sonst Interesse hat, kann sich gerne melden unter info@jusobern.ch.

Die Themen sollten die 1973 bestehenden Arbeitsgruppen setzen. Es bestanden Arbeitsgruppen zu Fremdarbeitern, Vorschul-erziehung, Autobahn, Umweltschutz und Demokratisierung der Planung. Die Arbeit in diesen Gruppen war aber nicht immer ganz einfach, vor allem die «Fremdarbeitergruppe» war «etwas deprimiert, da nur immer Hansueli und Vreni kommen.» Vor solchen Problemen blieben die Genoss:innen damals also auch nicht ganz verschont. Nach einer «Steckaktion» im April 1974 wurde allen Mitgliedern, welche sich nicht beteiligt hatten, ein Brief zugestellt mit der Bitte um künftige Mitarbeit. Für die künftige Mitarbeit melden wir uns heute gerne. Wer damals mitgearbeitet hat und gerne noch einmal mit den Protokollen zurückblicken möchte oder sonst Interesse hat, kann sich gerne melden unter info@jusobern.ch.

Für die künftige Mitarbeit melden wir uns heute gerne. Wer damals mitgearbeitet hat und gerne noch einmal mit den Protokollen zurückblicken möchte oder sonst Interesse hat, kann sich gerne melden unter info@jusobern.ch.

Wer damals mitgearbeitet hat und gerne noch einmal mit den Protokollen zurückblicken möchte oder sonst Interesse hat, kann sich gerne melden unter info@jusobern.ch.



Das JUSO-Räumli an der Monbijoustrasse.

SAH Bern ETCETERA
Die soziale Arbeitsvermittlung

30 JAHRE
ETCETERA BERN

Personalverleih für Reinigungen,
Haushalt, Umzüge, Räumungen
und Gartenarbeiten

Preise & Kontaktformulare:

www.sah-be.ch/Service

Oder kontaktieren Sie uns direkt

031 331 04 03

etcetera.bern@sah-be.ch